

Tagesanzeiger vom 29.08.2006 Seite 17

Zürich

### **Sozialhilfe-Missbrauch: Standpauke von Jeker an die Adresse der SVP**

Zürich. - Das Sozialhilfegesetz solle so geändert werden, dass der Kanton jenen Gemeinden die Subventionen kürze, welche nicht bereit seien, Missbräuche im Sozialwesen «aufzudecken und nachhaltig zu verhindern», verlangten die SVP-Kantonsräte **Claudio Schmid** (Bülach), Willy Haderer (Unterengstringen) und Christian Mettler (Zürich) mit einem Postulat. Der Fall war klar: Die SVP wollte die ungeliebte grün-rote Zürcher Stadtregierung in den Senkel stellen.

Die Regierung hatte schon in ihrem Bericht davon Abstand genommen. Die Gemeinden bezahlen 95 Prozent der Sozialhilfe selber und haben damit selber ein Interesse, haushälterisch mit dem Geld umzugehen. Der Kanton steuert nur die restlichen 5 Prozent bei. Zudem hätte der Regierungsrat schon heute die Möglichkeit, Subventionskürzungen vorzunehmen.

Vor dem Kantonsrat trat Jeker dem Vorstoss gestern noch deutlicher entgegen. Es sei «ein starkes Stück», alle Gemeinden in einen Topf zu werfen und ihnen vorzuwerfen, sie unternähmen nichts oder zu wenig gegen Missbräuche. Die SVP solle «Augenmass behalten», ermahnte sie Jeker und korrigierte auch ihre Behauptung, die Skos-Richtlinien seien wegen ihr verschärft worden - das seien die Sozialdirektoren gewesen. Der Vorstoss sei «politische Stimmungsmache».

Alle Parteien ausser der SVP waren gegen das Postulat. Es erlitt mit 102:54 Stimmen Schiffbruch. Die Gegner räumten zwar ein, dass Missbräuche eine Tatsache seien, aber Hans Fahrni (EVP, Winterthur) und Katharina Prelicz (Grüne, Zürich) wiesen darauf hin, dass der Sozialhilfe-Missbrauch ein Delikt der Armen sei, dem die Steuerhinterziehung der Reichen gegenüberstehe, die viel weniger verfolgt werde. Störend sei auch, sagte Urs Lauffer (FDP, Zürich), dass die SVP ständig die Gemeindeautonomie predige - gehe es um die Sozialhilfe und die Stadt Zürich, erfahre dieser Grundsatz «eine Trübung». (klr)

Datum: 20060829